

# Laub-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Laub-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.40 Goldmark, durch Flugpostzusatz ohne Belegkarte 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark, a. 40 Goldpfennig Zuluß-geld. e. alle der Anzeigen-Rubrik: zehn Uhr nachmittags. Die Anzeigen werden nach Rubrik-Teilen berechnet; die Zeile 0.25 Goldmark.

Sie Anzeigen, die im gleichen Verlaufe in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besonders Einnahme, Verlagspreis, Preis Nummer 13 u. 14. E. Draufschreiben 17. Sendung hier: Sonntags-Nummer 7431. Druck-Fabrik: „Ganz- und Halbfabrik“. Druck-Veranstaltung: Danneberg-Reinhold-Verlag, Halle. Druck-Fabrik: Leipzig Nr. 28815. Verlagsort: Halle.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Morgan-Pant lambe zwei Millionen fünf-hundert-tausend Dollars in Gold an die Reichsbank ab. Damit hat Deutschland bisher 25 Millionen Dollars aus der Welt erhalten. — Sie nehmen bis jetzt mit der berühmten 800 Millionen an.

Senator Copeland brachte im amerikanischen Senat eine Resolution ein, wonach Präsident Coolidge auf der Vorschlagskonferenz durch die amerikanischen Vertreter durchsetzen lassen soll, daß Deutschland das Recht erhält, weiter Handels-tarifhöhe zu bauen.

Aus Washington wird gemeldet: Senator Borah trägt sich mit dem Gedanken, im kommenden Frühjahr eine Studienreise nach Deutschland, welche auch nach Rußland zu unternehmen.

Das Zentralkomitee der internationalen Vereinigung der Metallarbeiter hält a. 31. in Paris Beratungen ab, an denen auch Vertreter Deutschlands teilnehmen. Es wurde beschlossen, eine Mission in allen Ländern zu unternehmen, damit der Grundlag des Achtstundentages aufrecht-erhalten werde.

In der Nähe von Eustirgen wurde eine Ältere Dame von drei marokkanischen Soldaten unter Mißhandlungen aller Art vergemagt. Mithin überbringt und von Bis und Krampden befreit konnte sie sich gerade noch bis zu ihrer Haustür schleppen, wo sie zusammenbrach. Seitdem liegt sie schwer krank darnieder.

Wie Hanns berichtet, wird im französischen Handelsministerium offiziell bekanntgegeben, daß im Laufe der Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation die Frage der Räumung der Kölner Zone nicht in die Dis-kussion einbezogen worden ist.

Wie verlautet, fordert die Deutsch-nationale Volkspartei den enghingigen Wiedruck der Ver-tragserläuterungen falls die Kölner Gebiet nicht zum 10. Januar geräumt wird.

Die Reparationskommission hat gestern in Paris eine Sitzung abgehalten, in deren Verlaufe sie beschloß, auf Reparationskonto zu nehmen die Beschlüsse der Konferenz, insbesondere eine Be-stellung Frankreichs auf 2000 Tonnen Stidstoff, die im Januar geliefert werden sollen.

Das Vintischiff Hellen ist gestern auf der Marinewerft Wilhelmshaven mit seiner Be-satzung in Dienst gestellt worden. Es tritt als viertes Vintischiff der Vintischiffdivision der Reichsmarine und wird in Kiel stationiert werden.

Im amerikanischen Senat brachte Senator Gerry eine Resolution ein, in der Staatssekretär Hughes gefragt wird, ob irgendeine auswärtige Macht gegen die Erhöhung der Tragenweite der Geschütze der amerikanischen Schlachtschiffe Ein-spruch erhebe.

Der englische Generalgouverneur des Irak traf im Flugzeug in Mosul und Gulemani ein und forderte die Einwohner unter Drohungen auf, für den Irak zu stimmen. Vier Dörfer wurden von einem Flugzeug aus mit Bomben besnotet. Eindeutige Widerstand. Die Engländer verließen, durch solchen Druck eine Stim-mung zugunsten des Irak herbeizuführen und die Mitglieder der vom Vorterrand entlandenen Kom-mission zu täuschen.

Die Welterbundskommission zur Prüfung des Konfliktgesetzes ist gestern in Angora ein-getroffen.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die türkische Nationalversammlung ein Gesetz angenommen, nach dem sämtliche männlichen Ein-wohner der Türkei 12 Tage im Jahre an der In-standhaltung der Wege arbeiten müssen.

Der türkische Minister des Innern Redif Bey ist zurückgetreten.

Wie aus Niederländisch-Indien berichtet wird, ist auf der Insel Java in der Residenzstadt Soerabaja eine Malaria-Epidemie ausgebrochen, der bereits 1000 Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Die australische Regierung erließ eine Verord-nung, daß vom 31. März ab kein Einwanderer zugelassen werden würde, wenn er nicht wenigstens den Betrag von 40 Pfund Sterling nachwies.

## Die Preußenregierung bleibt.

### Die Volkspartei scheidet aus.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mit-teilt, formierte Ministerpräsident Braun in der gestrigen Sitzung des preussischen Staatsministe-riums eine neue preussische Regierung, in der zum ersten Male die Volkspartei an der Regierung teilnimmt. Das Kabinett solange im Amt zu bleiben habe, wie es das Vertrauen des Parlaments be-sitze. Der Ministerpräsident besag sich dabei unter-geordnet mit den Verfassungen des Reiches und des Landes und die Amtsbefugnisse der Ministerpräsidenten im Gegensatz zur preussischen Verfassung zeitlich begrenzen.

Der inhaltlich entgegengesetzte Standpunkt wurde vom Finanzminister Dr. v. Richter dargelegt. Das Staatsministerium nahm mit allen Stimmen ge-gen die des Finanzministers und des Unterrichts-ministers eine Entschließung an, die besagt, daß aus dem Vorlauf und dem Geiste der preussischen Verfassung und insbesondere des Artikels 45 sich kein Anlaß des Rücktritts für den Ministerprä-sidenten und dementsprechend für das Gesamtm-inisterium ergebe.

Finanzminister Dr. v. Richter gab hierauf in seinem Namen und in dem des Unterrichtsmini-sters Dr. Böhm die Erklärung ab, daß sie beide ihren Austritt aus dem Kabinett erklären müßten.

### Noch keine Reichsregierung.

Reichsminister Marx hat gestern in den Be-sprechungen mit den Fraktionsführern die Ansicht geäußert, auf eine schnelle Erledigung der Re-gierungsfrage zu dringen. Er will besonders an-nehmen, daß die Reichsregierung nicht ohne die end-gültige Entscheidung der deutsch-nationalen Frak-tion an der Reichsregierung teilnehmen könne. — Welche Entschloßung Marx von den Deutsch-nationalen verlangen will, ist beizugeben. Die bisherige der Reichsregierung nicht mit-gelassen werden. Man wird aber nicht kaum fest-halten, wenn man annimmt, daß es den Deutsch-nationalen bewußt unannehmbare Bedingungen stellt. Denn die Entscheidung des preussischen Kabinetts macht bereits vollständig klar, wohin das Zentrum und Marx stehen: Sie wollen die Unst-eigerung unter sozialistischer Vorherrschaft bil-dern, auf deren Besonderen wir bereits am Tage nach der Wahl in dem Zeitartikel „Eine Sozialis-tenregierung“ hingewiesen haben. Was wir damals für Reich und Preußen vorausgesetzt haben, und was uns manchen Protest allzu opti-mistischer Väter eingebracht hat, scheint nun doch Wahrheit zu werden. Es ist demnach, daß die nation-ale Kreise des Volkes mit dem großen Fieles werden endlich den Weg der Einigung beschreiten, auf den wir ebenfalls mehrfach hingewiesen haben. Jedenfalls ist die Stunde außerordentlich ernst, denn die Regierungsstrife ist nur eine kleine Teil-erscheinung der großen Krisis unseres Parlamen-tarismus und unserer gesamten Kultur und An-nenpolitik, in die das mangelnde Pflichtgefühl und die Verantwortungslösung sowie die be-schränkte Parteieligkeit unserer Parlamen-tarier, mit a. W. die Unfähigkeit zu wirklicher Politik uns hineingerissen hat. Wenn die Sou-veränität des Volkes nicht nur eine Fiktion wäre, wenn nicht die Manipulationen politischer Klagen uns regierten, sondern das Volk wirklich sich selbst regierte, wie es das demokratische Grundprinzip unserer Verfassung verlangt, dann würde der Schmach der jetztigen deutschen „Politik“ längst ein Ende gelehrt sein.

### England und die Kölner Note.

Den Engländern ist im Grunde die Räu-mungsnote offensichtlich peinlich, wenn sie auch im Interesse der Verständigung mit Frankreich über die eigentlichen Belästigungen meist gute Worte zum besten Spiel machen. Immerhin wurden sie gewaltig, daß die Note einen neuen vollständigen Sieg der französischen Politik darstellt. Aus diesem Gefühl der Erbitterung heraus — nicht etwa aus Sympathie für uns oder aus Gerechtigkeitsgefühl — schreibt die „Daily News“ in einem Zeitartikel: fe habe nie gemerkt, daß die Alliierten leicht tech-nische Entschuldigungen finden könnten, ein-fach weil die Bedingungen des Versailles Ver-trages von keiner Regierung vollständig erfüllt werden könnten und am allerwenigsten von einer so schwachen Regierung, wie sie Deutschland durch die Schuld der Alliierten immer gewesen habe.

Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph“ gibt zu, die Note müsse eine un-geprohobene Erfolg der französischen Diplo-matie gelten, infolge der Einigung der Liste der offiziellen Verstärkungen, wogegen sich Eng-land natürlich sträu. Der einzige Erfolg der britischen Regierung, der ihr Rauegen-

### Hausfrauen in die Front!

Die deutschen Männer scheinen nicht in der Lage zu sein, eine Regierung zu bilden und die deutsche Politik zu meistern. Da wird man sich also an die deutschen Frauen wenden müssen, die durch die letzte Wahlbeteiligung deutlich bewiesen haben, wie lebhaft und wie gesund ihr politisches Interesse ist. Die Hausfrau, die tagaus tagin in unermüdlicher Kleinarbeit immer noch neuem ihre persönlichen Wünsche und Ideale zum Wohle der Familie und im Interesse eines geordneten Haushalts opfert: sie wird auch, viel eher und viel härter als die in politischen Fragen stiefeln wie verarmten Männer, die Notwendigkeit empfinden, im großen Haushalt, in der großen Familie, nämlich dem deutschen Staat, Ordnung und plan-mäßige Wirtschaftsführung, d. h. Politik zu haben und diesem Ziele genau wie im eigenen privaten Haushalt immer wieder Opfer an Überzeugungen und kleinen und großen Wünschen zu bringen. Sie weiß auch, was die sozialistische Wirtschaft der vergangenen Jahre, vom Inflationsgeheiß bis zu heute, vermocht haben, nur parteipolitischen, nicht wirtschaftlichen Zielen dienender Lohn-kämpfe der Gemahlin des Volkes wie dem ein-zelnen, dem eigenen Haushalt für Sorgen und Not und niemals Segen und Freiheit gebracht hat. Sie ist leid und das gesunde Gefühl für Ehre, Ehre des Weibes, die Ehre des Hauses und über den engen Rahmen hinaus für gesunde Ehre des Volkes, der Nation.

Wenn also die Männer zu wenig mit der Politik nachzustandkommen, dann soll die Frau in die Front treten, um mit ihrem gesunden Haus-frauen und Familienleben die Männer von ihrem Eigenwitz und ihrer politischen Beschränktheit zur praktischen Vernunft zurückzuführen.

Deutsche Frauen, macht euren Einfluß geltend, von Frau zum Mann und im weiten Kreise der Identifiziertheit! Denn ihr und eure Kinder, ihr seid es, die zusammen mit den Männern von all dem Elend betroffen werden, das über uns kom-men mag, wenn sich Partei-machinationen und so-zialistischer Eigenwitz der Männer zu einer Regierung führen, die die ganzen nationalen Parteien aus-schaltet und damit im Innern an Stelle ruhiger Arbeit und friedlichen Aufbaus den Klaffenkampf und Klassenhass neu aufkommen läßt und nach außen unter Volk, seine Würde und seine Wis-senschaft, demütig und willenlos der Macht der Fran-zen ausliefert. Ihr seht ja an der Niedrig-rang Kölns, wohin diese Demut, diese Aufgabe-jeden Mannesföhre führt: die Lasten des Lon-doner Stammens, die sich in wenigen Monaten zeigen werden, haben wir umsonst auf uns ge-nommen. Weiber Freiheit noch Reich haben uns die Männer zu geben gewußt, die uns bisher regier-ten, und nun sollen nach demütigere, noch widerstehere, noch willen- und ziellosere Männer unser Volk regieren?

In der Front, deutsche Frauen! Er kämpft ihn euch wieder, den ersten Mann und den ersten Staat! Schafft Ordnung und Frieden im großen Haushalt der deutschen Nation!

Wehrt euch gegen die Ermüddlichkeit, wecht das Gewissen und Pflichtgefühl der Männer! Rettet die Politik vor den Männern und ihrer Verantwortlichkeit, dann rettet ihr allen das Deutsche Reich!

erklärt, daß das französische Zugeländnis, daß die Fristen entgegen der bisherigen franzö-sischen Ziele zu laufen begonen haben. (Eine Auslegung, der die Franzosen sicher nicht zu-simmen. Die Schriftleitung.)

Halbamtlich wird erklärt, die zweite Note wurde Deutschland und zeigen, wie es eine schnellere Räumung ermöglichen könne. Die Tür für die gleichzeitige Räumung des Ruhrge-bietes und Kölns ist damit offener gehalten. Das Kabinett bedauere sehr, daß Deutschland die sofortige Räumung unmöglich gemacht habe. Sie könne aber den Bericht der Kom-mission vollständig ignorieren oder sich über die Ansicht seiner eigenen Offiziere hinwegsetzen. Diese halbamtliche Erklärung ist nicht mehr als eine unverbindliche Phrase. Denn wenn Frankreich nicht zustimmt, wird Eng-land auch späterhin keinesfalls räumen, da Köln für sie nur eine ganz ganz nebenläufige Position im großen Spiel der Weltpolitik ist, und das England und Amerika alle nur die geschätzten Opfer bringen werden, um die Reich für ihre Abneigung zu gewinnen. Das unserer völligen außenpolitischen Inaktivität sich nur eben nur ein totes Ding, ein kleiner Schwerm, ein Austauschobjekt für die Allie-rierten statt eines lebendigen Wirtschaftsfaktors.

## Verfassungskampf in Frankreich?

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Die Gegenläufige zwischen Senat und Kammer istphen sich immer mehr zu. Bereits vor Monaten, als die ersten Beratungen über die Amneistvorlage und die Wiedereinstellung der vor Jahren gemäßigten Eisenbahner be-gonnen, erhob sich anfänglich der intrantigen-ten Haltung des Senats in radikalen Kreisen der Ruf nach einer Reform dieser Körper-schaft. Jetzt wird er mit neuer Kraft und mit einer zunehmenden Energie wieder aufge-nommen, ja der „Quotidien“, dasjenige Blatt, das die Abhandlung Willens erwarungen hat, wirft schon die Frage auf, ob der Senat nicht grundlegend verändert, wenn nicht be-seitigt werden sollte. Er bringt an der Spitze in zentraler würdiger folgende Erklärung: „Der Senat zeigt durch seine Hartnäckigkeit, seinen Willen an Einseitigkeit, seinen Widerstand gegen Reformen die Notwendigkeit, ihn total zu reformieren oder ihn zu unterdrücken. Diese Frage wird die Gemeinwesen im Mai 1925 be-schäftigen. Es darf keine Amnestie für die ins Luxemburg-Palais geschickten Anhänger der Nationalen Bloks geben.“

Der Krieg zwischen Kammer und Senat hat in Wahrheit begonnen. Die Amnestievor-lage ist unzählige Male zwischen beiden Körperschaften und ihren Ausschüssen hin- und hergewandert, und zwar infolge der hartnäckigen Weigerung des Senats, dem von der Kammer beschlossenen Text zuzustimmen. Wenn jetzt endlich die Sozialisten über die abge-änderten Text angenommen ist, so gelangt dies nur, um so jähreshüft endlich die Am-nestiefrage zu erledigen, die nun seit einem halben Jahre anhängig ist. Der Senat hat, entgegen dem Willen der Kammer, die Am-nestieren für eine lange Reihe von Jahren der Ausübung der bürgerlichen Rechte beraubt und daß gewisse Fälle überhaupt von der Am-nestie ausgenommen, so daß die Regierung wahrscheinlich in ziemlichem Umfang vom Be-nutzen der Amnestie verweigert werden muß, wenn sie ihre Pflicht voll durchzuführen will. Das ist ihr von sozialistischer Seite sehr nahe gelegt worden.

Die zweite große Frage, in der der Senat nicht nachgegeben hat, ist die Wiedereinstellung der wegen Streiks gemäßigten Eisenbahner. Dieser Punkt spielte bei den Maßnahmen eine große Rolle im Programm der jetzt regieren-den Parteien. Die privaten Eisenbahngesell-schaften haben alle Mittel in Bewegung ge-stellt, um die ihnen ausgegangene Einstellung zu verhindern. Es sollte von ihrem freien Willen und nach der Beurteilung jedes ein-zelnen Falles abhängen, ob der Senat wieder eingesetzt werden könnte. Der Senat hat diese Haltung unterläßt, indem er die Ein-stellung nicht als obligatorisch kennzeichnet wollte. Während also der Staat bereits auf den Staatsinsin alle Eisenbahner wieder be-schäftigt, ist dies bei den privaten Linien nicht der Fall. Die Lage ist jetzt so, daß der Senat die obligatorische Einstellung verweigert hat. In der Kammer hat die 103 Mann starke sozialistische Partei erklärt, daß sie im Falle, daß die Eisenbahngesellschaften sich weigern sollten, dem Willen der Regie-rung zu willfahren, ihr die Waffen liefern würden, um diesem Willen Geltung zu ver-schaffen. Die Sozialisten wollen unter keinen Umständen einen Sturz des Ministeriums Herriot und unterstützen es nach wie vor, obwohl die Regierung im Senat in beiden oben-ge-schilderten Fällen eine Niederlage erlitten hat. Sie wollen die Rückkehr des Nationalen Bloks oder auch nur irgend eines Über-gangsministeriums, wie es etwa ein Briand-Vogeler-Ministerium darstellen würde, mit allen Mitteln verhindern.

Es gibt aber noch eine Reihe anderer Fälle, in denen der Senat die Absichten der Regie-rung zunichte gemacht hat. Vor allem in der Frage der Getreideversorgung. Das Debit im Ausfall der einheimischen Ernte wird immer größer und die Notwendigkeit der Ein-fuhr ausländischen Weizens immer dringender. Die Regierung hatte, um die Getreidepeta-lation und eine Saufte nach Möglichkeit zu verhindern, vorgehoben, daß ein gewisser Vor-zug von ihr aufgezahlt würde, um ihn den Gemeinden und Städten zur Verfügung zu stellen, wenn die Weizen die höchsten Preisen übersteigen sollten. Der Senat hat die für Schaffung dieser Vorzüge notwendige Summe derat herabgesetzt, daß das Projekt fast aus-

